

Zur Randalie in den französischen Vorstädten:

Warum ausgegrenzte Jugendliche aufsässig werden und wie die demokratische Obrigkeit mit Leuten umspringt, die für den Kapitalismus zu viel sind

Frankreich erlebt den ziellosen Aufstand eines wenig gelittenen und besonders schlecht behandelten Teils seiner Überbevölkerung.

Es heißt, die Jugendlichen, die in Frankreich auf die Straße gehen, hätten „keine Perspektive“. Eine sehr vornehme Umschreibung ihres Status in dieser Gesellschaft: Für die allermeisten von ihnen gibt es nämlich keine *nützliche Verwendung*. Wie sie sich überhaupt nur nützlich machen können, ist in dieser Gesellschaft klar und eindimensional definiert: durch Arbeit gegen Lohn. Für die randalierenden Jugendlichen gilt insofern dasselbe wie für alle anderen Franzosen, die nicht das Glück hatten, reich geboren zu werden. Doch auch in Frankreich lassen Unternehmer nur unter der Voraussetzung für sich arbeiten, dass der Lohn, den sie vorschießen, sich auf ihrer Seite als *Mehrung ihres Reichtums* niederschlägt. Und das Urteil, das über die Jugendlichen aus den französischen Vorstädten in ihrer großen Mehrheit ergangen ist, lautet: Nein danke, kein Interesse. Wie in ganz Europa befeißigen sich französische Unternehmer zunehmender Zurückhaltung, was die Bestückung ihrer Fabriken und Büros mit menschlichem Inventar angeht. Auch in Frankreich ist die Karriere vom Arbeitslosen zum Langzeitarbeitslosen schon sehr normal geworden – und auch in Frankreich hat man sich daran gewöhnt, dass eben diese Langzeitarbeitslosen früher oder später im obigen Sinne endgültig „nutzlos“ sind. Ironisch gesprochen, bleibt sehr vielen Jugendlichen in den Banlieues der großen Städte – ebenso wie ihren Eltern – die übliche Karriere eines Lohnarbeiters gleich „erspart“. Mit Arbeit bzw. mit dem Zwang, sich damit einen Lebensunterhalt zu verdienen, anschließend mit dem Verlust der Arbeit und dem sich daran anschließenden Zwang, sich doch irgendwie wieder eine zu ergattern, kommen sie gar nicht erst in Berührung. Sie starten ihr Leben gleich als Bestandteil der *Überbevölkerung*, also der Leute, die das Kapital ein für allemal aus seinem Kreislauf ausgeschieden hat, und ihre „Perspektive“ ist, dass sie das auch bleiben. Aber wollen diese Jugendlichen sich über *diese* „Perspektivlosigkeit“ beschweren, wenn sie Autos anzünden, wollen sie *da-gegen* protestieren?

Nun sind Zeitungen und TV-Sendungen voll mit Informationen über die soziale Lage in den französischen Vorstädten und es gibt Sozialexperten, die in der Randalie „Verzweiflung“ und einen „Hilferuf“ entdeckt haben wollen. Wenn die Jugendlichen via Fernsehen oder Zeitung selbst etwas erzählen dürfen, dann kommen durchaus Äußerungen über fehlende Ausbildungs- und Arbeitsplätze vor. Aber immer als Bild dafür, dass sich um sie eh keiner kümmert, sie wie der letzte Dreck betrachtet und behandelt werden. Wenn sie überhaupt ein Anliegen oder gar eine Forderung vorbringen, dann ist die folgerichtig auf der höheren Ebene der *persönlichen Ehre* angesiedelt: Frankreichs Innenminister Sarkozy soll sich dafür entschuldigen, vielleicht auch deswegen zurücktreten, dass er sie als „Gesindel“ und „Abschaum“ bezeichnet hat und ihnen mit dem „Hochdruckreiniger“ kommen will. Diese Äußerungen waren zwar nicht der Auslöser der Randalie – Sarkozy sagte das erst, nachdem sie schon angefangen hatte –, aber dass sich der Unmut der Aufsässigen daran besonders entzündete, wirft ein Licht auf das, was man ihre „Seelenlage“ nennen könnte.

„Ständig heißt es, wir müssten dies und das respektieren. Aber wer respektiert uns? Solange wir uns still halten, kümmert man sich einen Dreck um uns!“ (NZZ Online, 6.11.05)

Diese Jugendlichen beschäftigt nicht die Frage, wie und warum sie unbrauchbar sind bzw. gemacht werden. Der kapitalistische Arbeitsmarkt und warum ihnen der so feindselig gegenübersteht, ist ihr Ding nicht. Sie sind wütend über die *Folgen* ihres Ausgeschlossen-seins, und dabei erregen sie sich weniger über

das fehlende Geld, als vielmehr über den alltäglichen Rassismus, der ihnen entgegen schlägt, über die Diskriminierung durch Polizei und andere staatliche Behörden, also über ihren Status als Außenseiter, für die die Staatsgewalt schikanöse Kontrollen übrig hat und sonst nichts.

„Die gehen nur nach dem Aussehen und beschimpfen dich. Selbst wenn du dich ausweisen kannst, schlagen sie dir den Ausweis aus der Hand und drücken dich mit dem Gesicht gegen die Wand. Dann ziehen sie dich fast aus und greifen dir in den Intimbereich, um nach Drogen zu suchen.“ (SZ, 10.11.05)

Dagegen halten sie, dass sie – trotzdem – doch „auch wer sind“. Und für den Beweis, dass man ihnen – egal, wie ihre so genannte „soziale Lage“ ist – staatlicherseits *Respekt* schuldet, schmeißen sie Steine und Molotow-Cocktails. Das ändert zwar nichts an ihrer „sozialen Lage“, aber darum geht es ihnen auch nicht mit ihrem nächtlichen Ausrasten, sondern um Rache dafür, dass sie aus der französischen Gesellschaft ausgegrenzt werden, also darum, dass man sie nicht ausgrenzen soll. Immerhin sind sie doch *Franzosen* – was sie gerade dadurch unterstreichen, dass sie sich enttäuscht und verbittert geben und stolz den Rassismus der Normalbürger zitieren, indem sie sich selbst als „Araberfresser“ bezeichnen. Die Tatsache, dass sie von der Staatsgewalt täglich unter den Verdacht gestellt werden, sich als eben dieser ausgemusterte Bevölkerungsteil unruhestiftend und kriminell aufzuführen – viel anderes bleibt ihnen ja nicht –, und dass sie entsprechend bekämpft werden, legen sie sich so zurecht, dass ihr Vaterland nicht einsehen und respektiert, dass es sich bei ihnen keinesfalls um schlechte, nur eben um *besondere* Franzosen handelt. Und genau das soll der französische Staat gefälligst, notfalls mit ein wenig gewalttätiger Nachhilfe ihrerseits, einsehen und respektieren.

Hartgesottene Staatsdiener wie Sarkozy drehen diese Sichtweise der jugendlichen Randalierer einfach um: Solche Politiker sind sich sicher, dass die „Ursache“ des Aufruhrs darin liegt, dass die Armen aus den Vorstädten ihrerseits nicht genügend Respekt aufbringen – vor der gesellschaftlichen Ordnung nämlich. Sarkozy interessiert sich nicht für den *wirklichen Status* dieses Segments der französischen Klassengesellschaft: Dass diese Gesellschaft menschlichen Ausschuss *produziert*, wenn sie z. B. an diesen Jugendlichen keinen Nutzen für sich entdeckt, ist für ihn bloß ein *Ordnungsproblem*, dem mit den entsprechenden Ordnungsmaßnahmen beizukommen ist. Daher gehen die Regierung Frankreichs und ihr zuständiger Minister schon seit einiger Zeit gegen die „rechtsfreien Räume“ mit Klein- und Bandenkriminalität vor, die sie in den Banlieues entdeckt haben wollen. In diesem Sinne gehören die Unmutsäußerungen der in diesen Gegenden wohnenden Leute gewaltsam unterdrückt – dann passen sie sich vielleicht wieder an und fallen nicht unangenehm auf.

Der Aufruhr aus den Vorstädten kommt aber auch bei der akademisch gebildeten Öffentlichkeit an. Die Randalie deckt auf – und das nicht zum ersten Mal –, welches Elend in Frankreichs Vorstädten herrscht. Darum ist es auch für sie – zum x-ten Mal – „höchste Zeit, die Ursachen zu erforschen“. Kritische Personen melden sich und fragen, ob man diese Leute auch nachdrücklich und überzeugend genug darauf aufmerksam gemacht hat, dass man sich mit der richtigen Einstellung und mit ein wenig Hilfestellung durch geschultes Fachpersonal im Elend tatsächlich einrichten und sich mit ihm abfinden kann. Hat man denn den Aufruhr nicht geradezu provoziert, indem man diese Leute in die Vororte verbannt und die Ausgaben für *Sozialarbeit* reduziert hat? Könnten nicht umgekehrt die Unruhestifter wieder

Fortsetzung Seite 2, Spalte 4 Mitte

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Weltgemeinschaft verfehlt die UN-Millenniumsziele

Aus der Halbierung der Armut in der Dritten Welt wird nichts.

- Der Schuldenerlass für die hochverschuldeten Länder kommt kaum voran.
 - Die Halbierung der Zahl der absolut Armen, die von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen, ist außer Reichweite.
 - Immer mehr Menschen in Afrika sterben an Aids, anderen Seuchen und Hunger.
- Tatsächlich, die mächtigsten Staaten der Erde, die sogenannten G8, kümmern sich um die Armut in Afrika, Asien und Lateinamerika und widmen ihr einige Zeit auf ihren Gipfeltreffen. So wichtig, dass sie ganze 0,7 % ihrer Nationalprodukte in die Hilfe für die ärmsten Länder stecken würden, ist ihnen die Sache allerdings auch wieder nicht. Die Aufmerksamkeit, die sie den verfallenden Staaten und dahinsiechenden Völkern zuteil werden lassen, hat mit einer Überwindung der Armut nichts zu tun.
- Womit aber dann?
 - Warum stören sich die reichen Staaten überhaupt an „failing states“ und dem massenhaften Verrecken von Menschen, für die sie ohnehin keine Verwendung haben?
 - Was bezwecken ihre spärlichen Hilfsprojekte dann wirklich?
 - Und warum überlässt man immer mehr davon privaten Nicht-Regierungs-Organisationen?

Antworten auf diese Fragen gibt der Vortrag am

Donnerstag, 08. Dezember 2005, 20.00 Uhr

K4 im Künstlerhaus, Festsaal

Nürnberg, Königstr. 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Das Wahlversprechen des Jahres 2005: Arbeit „Sozial ist, was Arbeit schafft.“

Die Machtfrage des Kanzlers, das ehrliche Gegenangebot der Opposition sowie überhaupt alle Konkurrenzen, Polemiken und üblen Nachreden, mit denen Kandidaten und Parteien etwas für ihre Unterscheidbarkeit tun und die Wähler betören, finden statt auf dem Boden einer ganz und gar gemeinsamen Diagnose der krisenhaften Lage der Nation und einer ebenso geteilten Therapie: Dem Volk fehlt Arbeit, diese Not muss bekämpft werden! Im Licht dieser überragenden Aufgabe werden alle anderen Tagesordnungspunkte der Nation zur Nebensache. Ihr war schon Schröders Amtsantritt vor 7 Jahren gewidmet. Er wollte sich an der Reduktion der Arbeitslosenzahlen messen lassen, und ist mit all seinen Agenda 2010-Reformen, die das Land gründlich verändert haben, an diesem Ziel gescheitert. Die unerledigte Aufgabe will er mit einem neuen Auftrag und neuem Elan fortsetzen. Dieselbe Aufgabe wollen ihm die anderen abnehmen. Bundespräsident Köhler fordert „Vorfahrt für Arbeit“, die CDU-Kanzlerkandidatin verspricht statt der unzureichenden „Agenda 2010“ eine echte „Agenda für Arbeit“; der bayrische CSU-Ministerpräsident definiert: „Sozial ist, was Arbeit schafft“, und alle, einschließlich des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers, schließen sich, das Motto leicht variierend, an: „Fair ist, was Arbeit schafft.“

1.

Die Politik kennt und anerkennt nur noch ein echtes, unbedingt schutzwürdiges Interesse der „sozial Schwachen“ – das absurdeste: das an Arbeit. So einfach wird nämlich niemand von einem Bedürfnis nach Arbeit umgetrieben. Arbeit ist immer noch der Aufwand, der getrieben werden muss, um die Gegenstände und Mittel herzustellen, nach denen ein Bedürfnis besteht, nicht das Bedürfnis selbst, und jeder Arbeiter, der seine Sinne beieinander hat, ist froh, wenn die Arbeit erledigt und wieder vorbei ist. Das Bedürfnis nach Arbeit, dem die Politiker sich nachdrücklich verpflichten, ist kein waldruspränglich menschlicher Drang, sondern Ausdruck einer hergestellten, erzwungenen Lage. Nach Arbeit seufzen, Arbeit suchen nur Proletarier in der kapitalistischen Gesellschaft, Leute, denen es unmöglich ist, die für ihre Bedürfnisse nötigen Arbeiten nach eigenem Entschluss und nach Maßgabe ihres Bedarfs zu verrichten. Leute, die getrennt sind

von den Mitteln der Produktion, so dass sie davon leben müssen, Dienste für die Reichtumsvermehrung anderer nach deren Vorgaben und Ansprüchen zu verrichten und sich dafür bezahlen zu lassen. Politiker, die „Arbeit schaffen“ wollen, unterstellen die ganze, mit staatlicher Rechtsgewalt hergestellte und von ihr geschützte Eigentumsordnung, die Scheidung in die Klasse der Eigentümer der Produktionsmittel auf der einen und in die Klasse der eigentumslosen Arbeitskräfte auf der anderen Seite, als eine eherne „Realität“, der sie in der Ausübung ihres Amtes gerecht zu werden hätten. Nur die von dieser Realität erzwungenen Interessen und Nöte anerkennen sie als legitime Interessen der Bürger – und denen dienen sie dann.

Zynisch setzen sie darauf, dass der Bedarf nach solchen Diensten im Volk reichlich vorhanden ist, denn – doppelt absurd – das erzwungene Interesse, für den Reichtum der Reichen schaffen zu dürfen, ist für Millionen gar nicht zu befriedigen. Der Bedarf der Armen nach Lohnarbeit, mit der sie sich ihren Lebensunterhalt verdienen können, ist viel größer als das Bedürfnis der kapitalistischen Gesellschaft nach den Leistungen ihrer Arbeit. Die Eigentümer können die vielen Arbeitskräfte, die sich ihnen anbieten, für die Verwertung ihrer Investitionen einfach nicht gebrauchen. Nicht, dass sie weniger Waren produzieren würden als früher – ganz im Gegenteil; nicht dass die Herstellung irgendwelcher Produkte unterbliebe, die sich mit Gewinn verkaufen lassen; alles, was kapitalistisch gebraucht wird und geht, wird produziert und verkauft – aber eben mit erheblich weniger Arbeitskräften als früher. In der Not der Millionen Erwerbslosen reflektiert sich keine allgemeine gesellschaftliche Armut, kein Mangel an Produkten und Produktionsmitteln, sondern Überfluss: der erreichte Stand der Produktivität der Arbeit, mithin die Ergiebigkeit der Springquellen des materiellen Reichtums. Ihr Fortschritt verwirklicht sich im Kapitalismus so pervers, weil die Unternehmer die Arbeit ihres Personals immer produktiver machen, aber nicht um ihren Leuten Arbeitsmühen zu sparen, sondern um Arbeitskräfte einzusparen, um sich die Bezahlung ihres Lohns zu ersparen. Dafür machen sie die Arbeit der Leute, die sie weiterhin für ihren

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Mao-Hype

„Stern“ und „Spiegel“ machen ihn fast zeitgleich zu ihrer Titelstory. Jetzt ist es nämlich rausgekommen: Mao war ein Bösewicht, ein „großer Verführer“ und ein „großer Zerstörer“. Schlimmer als Hitler, schlimmer noch als Stalin. So als müsste man im Jahr 2005, fast dreißig Jahre nach Maos Ableben, eine rebellische Jugend, eine aufmüpfige Arbeiterklasse oder wen auch immer von ihrem revolutionären Idol abbringen, ergehen sich beide Blätter im besten Enthüllungsjournalismus. Als Mensch ein perverses, sexbesessenes Schwein, als Staatsmann ein machtgeiler Psychopath – so wird der „große Vorsitzende“ demontiert.

Als Kronzeugin fungiert wunderbarerweise eine ehemalige Rotgardistin und Tochter zweier revolutionärer Kader der ersten Stunde, die selbst aktiv an der Kulturrevolution teilgenommen hat. Sie hat sich eine knapp tausendseitige „fulminante“ Abrechnung mit Mao von der Seele geschrieben, „der zuzutrauen ist, was Historiker seit Jahren vergebens versuchen: den Mao-Mythos ein für alle Mal zu zertrümmern“. Mit ihrem Mann, einem britischen Historiker, hat sie zwölf Jahre lang „hunderte Zeitzeugen befragt und Dutzende Archive besucht“, bis herausgekommen ist, was herauskommen sollte: „Auf über 70 Millionen schätzen Chang und Halliday die Zahl derjenigen, die der Tyrann erschießen, erschlagen oder verhungern ließ. Mao übertrifft damit Hitler und Stalin – die anderen großen Schlächter des 20. Jahrhunderts – bei weitem.“

Ja nun, möchte man sagen. Das soll jetzt eine Entdeckung sein? Was soll man eigentlich finden, wenn man die Geschichte eines Mannes untersucht, der ein ziemlich riesiges Reich von Feinden befreit, geeint und zu einem funktionierenden Staat gemacht hat? Der sich dabei gegen äußere wie innere Feinde durchgesetzt und sein Werk anschließend erfolgreich verteidigt hat? Eroberung und Sicherung der Macht ist eine gewaltträchtige Angelegenheit, gleichgültig, für welches Programm sie eingesetzt wird, „Revolution“ eben „kein Deckchenstücken“, wie Mao selbst in dankenswerter Offenheit klargestellt hat.

Dass Leichen seinen Weg pflastern, spricht für sich genommen in den Augen der Historikerzunft noch lange nicht gegen einen Staatsmann. Ganz im Gegenteil messen sie die Größe seiner Leistung gerne daran, gegen wie viele Feinde er sich behauptet, wie viel Territorium er zusammenschachert, wie viel Volk er unter seinen Willen gezwungen hat. Wenn sie mit Respekt von historisch großen Figuren schwadronieren, die Weltreiche begründen, huldigen diese Typen insofern immer der Gewalt als Mittel der Durchsetzung. Umgekehrt: Wenn sie die Gewalt eines Herrschers zum Gegenstand ihrer Kritik machen, dann entweder, weil der *ausgebliebene* Erfolg seines „Projekts“ im Nachhinein die Sinnlosigkeit des Gewalteinsatzes beweist, der dann auch gerne „Terror“ heißt. Siehe Hitler. Oder weil ihnen der Erfolg eben dieser Gewalt nicht in den Kram passt. Siehe Stalin.

Insofern sind Abrechnungen mit verblichenen Staatsmännern immer auch eine Frage der politischen Konjunktur. Alles, was die ehemalige Mao-Anhängerin und heutige Feindin ans Tageslicht gebracht hat, könnte man gut und gerne genau umgekehrt als besondere Leistung würdigen. Als einfacher Bauernsohn zum Herrscher über das größte Volk der Welt aufsteigen – das könnte auch einem Historiker einiges an Ehrfurcht abnötigen. Und tatsächlich kam der chinesische Kommunisten-Führer bisher im Westen ja auch erheblich besser weg als seine russischen Kollegen. Warum, das spricht der „Spiegel“ ganz offen aus: „Auch in den westlichen Industrieländern hat der Chineser Anerkennung gefunden, denn er brach mit der Sowjetunion und öffnete sein Land Anfang der siebziger Jahre sogar ein wenig zum Westen.“ Dass das politische Interesse an einem Staat der Geschichtsschreibung über ihn die Feder führt, ist also kein Skandal, sondern offensichtlich eine wissenschaftliche Selbstverständlichkeit.

Ganz in diesem Sinne wurde Mao bisher auch in der westlichen Geschichtsschreibung zugute gehalten, dass er China vom Zugriff der imperialistischen Mächte befreit und das vom Bürgerkrieg zerrissene Land geeint hat; dass China unter seiner Herrschaft, gemessen an

seinen Voraussetzungen, einen enormen Aufstieg hingelegt hat, etc. Gegen dieses Bild wütet die Mao-Biographin jetzt an. „Diesem Mann gebührt nicht der geringste Respekt“, will sie ihren Lesern einbläuen und Mao ein für alle Mal von „seinen hohen Sockeln“ stoßen, wo er „als genialer Feldherr und weiser Staatsgründer“ im heutigen China immer noch steht. Dafür fährt sie schlicht *alles* auf, was ihr irgendwie geeignet erscheint, um Mao als Menschen wie als Staatsmann zu *desavouieren*.

Als erstes die „Hekatomben von Toten“, die Mao auf seinem Weg nach oben und als Führer der VR China produziert hat. Dabei verfahren die Autoren nach dem Prinzip, Mao jede einzelne Leiche höchstpersönlich anzulasten, als bewussten Mord sozusagen. Was Historiker ansonsten als faux frais von Herrschaft liebend gerne möglichst unpersönlich ausdrücken („musste sich durchsetzen“, „in den Wirren des Bürgerkriegs“, „Hungertote fielen an“, „Grausamkeiten fanden statt“ etc.), gilt hier nicht. Im „Fall Mao“ soll sich jeder ausdrücklich den Mann selbst vorstellen, der seine Soldaten sehenden Auges in den sicheren Tod schickt, sein Volk bewusst und mit einem gewissen Hang zum Sadismus schindet, eben ein „Monster“. Ob Frau Chang und Herr Halliday nach diesem Muster auch George W. Bush anklagen für diejenigen, die draufgegangen sind, seit Amerika das Kommando in Bagdad übernommen hat? Oder für die Hunderttausend, die unter seiner Weltordnung tagtäglich verhungern?

Wer so loslegt, will natürlich gar nicht erst wissen, wofür Mao all die Toten und Opfer gebraucht hat. Kein Gedanke daran, dass so etwas (nur) im Namen eines *nationalen Befreiungs- und Aufstiegsprogramms* zustande kommt, für das der KP-Vorsitzende seiner Partei und seinen Massen offensichtlich viel an Gefolgschaft und Opferbereitschaft abverlangen konnte. Diesen Zweck halten die Autoren offenbar für viel zu *respektabel*, als dass er ihnen als einigermaßen leichtenrächige Angelegenheit überhaupt in den Sinn kommt. Kein Versuch auch, zu erklären, was es mit solch merkwürdigen Massenkampagnen wie „Großer Sprung nach vorn“ & „Kulturrevolution“ auf sich gehabt hat, an denen sich Millionen Chinesen begeistert zu ihrem eigenen Schaden beteiligt haben. Stattdessen wird – man kennt es von Hitler und Stalin ja schon zur Genüge – mal wieder das *Bild eines machtbesessenen Irren* entworfen, dem es um sich, um sich und noch mal um sich gegangen ist. Ein Bauer, der sich an der Spitze einer Partei, eines Staates, am Ende der ganzen Welt sehen will – das musste schlecht enden, weil sich hier ein Mensch etwas rausgenommen hat, was ihm nicht zusteht. Ein ungehobelter Kommunist, der „keine Fremdsprachen“ spricht und nicht über die Geographie der Sinai-Halbinsel Bescheid weiß, ist nun mal kein Führer und das „rückständige“ China keine Weltmacht. Deshalb ist bei Mao schlicht „Wahnsinn“, was vom Standpunkt der Weltmächte, die sich durchgesetzt haben, selbstverständlicher Anspruch und schiere politische Vernunft ist. Haben die Autoren schon mal einen Gedanken darauf verschwendet, wie ein Land eigentlich „zur Weltmacht aufsteigt“? Waren da nicht auch im Fall der USA ein paar ziemlich blutrünstige Weltkriege fällig? Und ist es nicht schlicht ihr einzigartiger Erfolg, der sie befähigt, sämtliche auf dem Weg dorthin angefallenen Leichen im Nachhinein ihren Gegnern zuzurechnen und sich selbst als noble Friedensstifter und Weltordner darzustellen?

Nun wissen auch Chang/Halliday, dass in der bürgerlichen Welt Erfolg adelt. Neben (!) dem Vorwurf des „Massenmords“ halten sie es in ihrer „spektakulären Biographie“ deshalb für einen tollen Schlag, dem „großen Vorsitzenden“ alles, was üblicherweise als *seine Leistung* gilt, abzusprechen. Ob beim „Langen Marsch“, beim Krieg gegen die japanischen Besatzer oder im Bürgerkrieg – bei keiner dieser Taten hat Mao ehrliche Verdienste erworben. Ein ums andere Mal enttarnen sie ihn als grandiosen *Versager*, der Fehler und Feigheit mit besonderer Perfidie und Hinterfotzigkeit kompensiert. Von Jugend an ein Faulenzer, zu dumm, um den Marxismus zu begreifen, kein anständiger Idealist, der für seine Ziele lebfalls stirbt, hat er sich im Grunde durchs Leben getrickst.

Mit Lügen und Verrat an den eigentlich Anhängern seiner Bewegung hat der „gefühlkalt-egomane“, den nicht einmal seine eigenen Truppen gemocht haben, Führungsposten und russische Unterstützung erschwindelt und in entscheidenden kritischen Momenten dann einfach Glück gehabt.

Kein Wunder, dass die Mao-Forscher über all dem ein bisschen durchdrehen. Sie glauben ihren eigenen Urteilen, dass Mao einerseits an allem schuld, andererseits komplett unfähig war, so sehr, dass am Ende ein irgendwie schon wieder lustiges Potpourri an Quatsch und Widersprüchen rauskommt. Stalin erliegt einem Schlaganfall – schuld ist niemand anderes als Mao, der seinen russischen „Lehrmeister“ mit seinen koreanischen Eskapaden aufgeregt hat. Die USA entwickeln die Bombe und setzen sie demonstrativ ein – wer ist der eigentliche atomare Bösewicht? Natürlich der chinesische „Diktator“, der sie in seinen Gedankenspielen auf imperialistische Widersacher abfeuert. Das „rote Buch“ eine Geheimwaffe, mit der die chinesischen Massen indoktriniert werden? Unsinn! Mao hat schlicht ein Vermögen damit gemacht, indem er sein Volk gezwungen hat, seinen Schund zu kaufen. Usw. usf.

Politpsychologisch hat man es bei den Autoren also mit einem Fall von negativem Fanatismus zu tun. Hier sind Leute am Werk, die der (eigenen) ehemaligen Huldigung für Mao wie dem Gebrauch, den die heutige Regierung in Peking vom „Mythos Mao“ macht, wissenschaftlich jede Berechtigung entziehen wollen. Sie stören sich nicht am Verhältnis von Führern und Untertanen; sie stören sich nicht an Opfern und Begeisterung, die ein Volk aufbringt. Aber *Mao* hat all das in ihren Augen nicht verdient – weil China etwas Besseres als Mao verdient hätte. Im Grunde ist ihr ganzes Buch ein einziges Zeugnis des Personenkults; eines Personenkults nämlich, den sie unbedingt in sein totales Gegenteil verkehren wollen. Dieses Anliegen mögen ehemalige Mao-Anhänger haben. „Stern“ und „Spiegel“ („Frau Chang, hassen Sie Mao Ze-dong? Sind Sie davon besessen, mit ihm abzurechnen?“) haben es mit Sicherheit nicht. Trotzdem kommt ihnen diese Abrechnung „einer verzweifelten, zutiefst enttäuschten Liebhaberin“ im Prinzip gerade recht, obwohl sie an der wissenschaftlichen Seriosität ein paar Zweifel anmelden. Denn 1. erfüllt eine solche Story ein sehr verbreitetes *Unterhaltungsbedürfnis*. Wichtigen Personen der Weltgeschichte unter den Rock gucken, sie in ihrer Größe, ihren „Abgründen“, aber auch in all ihrer banalen Menschlichkeit vorführen mit sexuellen Vorlieben und Verdauungsproblemen – das interessiert geübte Untertanen in der freien Welt.

2. erfreut ein *antikommunistischer* Totschläger in regelmäßigen Abständen das Gemüt, da kann der Kommunismus noch so tot sein. Seht her, solche Typen waren die kommunistischen Führer, angeblich gute Menschen und sozial gesonnen, in Wahrheit aber die aller-aller-schlimmsten. Und speziell die Deutschen müssen sich schon wieder ein Stückchen weniger für ihren Hitler schämen. Denn neben Stalin haben sie jetzt eine weitere Karte in der Hinterhand für eine (innerliche) Retourkutsche. 3. aber passt es nicht nur der deutschen Öffentlichkeit gerade momentan sehr gut in den Kram, der *aufstrebenden Macht China* ein bisschen in die Parade zu fahren. Deshalb hat das Buch alle Chancen, sich langfristig in den Bestseller-Listen festzusetzen, egal wie durchgeknallt seine Schreiber sind.

Im Falle Chinas hat man es nämlich damit zu tun, dass sich ein Staat mitten in der kapitalistischen Konkurrenz erfolgreich hocharbeitet, ohne dass er sich von seiner kommunistischen Vergangenheit überhaupt genügend distanziert. Stattdessen setzen seine heute regierenden Nachfolger den alten Mao frech als Kultfigur ein, mit dessen Verdiensten um die Nation sie ihr Volk betören und zu mehr Opferbereitschaft anhalten. Das stört deutsche Journalisten. Sie verlangen von der chinesischen Regierung eine ordentliche Vergangenheitsbewältigung. Sie wollen das Eingeständnis, dass die jüngere Vergangenheit des Landes keineswegs koscher war. Auf dem Feld der *höchsten nationalen Werte* und ihrer Repräsentanten wollen sie den Chinesen ans Bein pinkeln. Denn gerade sie als Deutsche wissen sehr gut, wie weh es Nationalisten tut, wenn man alte Führer ins Abseits stellen muss. Mit dem *alten Mao* wird also der Erfolgsanspruch des *heutigen China* in Zweifel gezogen und ein Stück diskreditiert. Auch und gerade weil sich die regierenden Po-

litiker hier berechnend positiv auf diesen Erfolg beziehen, den sie ökonomisch und politisch für sich ausnutzen wollen, mahnt ihre mitdenkende Presse aufzupassen, mit wem sie sich da einlassen.

(Alle Zitate aus: Stern 39/05: Mao Tse-tung. Der große Verführer; Spiegel 40/05: Mao. Anatomie eines Massenmörders)

Vorabdruck aus

GEGENSTANDPUNKT 4-05

erscheint am 16. Dezember 2005

Im Buchhandel erhältlich:

Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen
 Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg
 Die Bücherkiste, Schlehengasse 12, 90402 Nürnberg
 Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg
 Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg
 Bestellungen beim GegenStandpunkt-Verlag, Augustenstraße 24, 80333 München
 Tel.: 089/272 16 04, Fax: 089/272 16 05
 Email: gegenstandpunkt@t-online.de

„WARUM AUSGEGRENZTE JUGENDLICHE IN DEN FRANZÖSISCHEN VORSTÄDTEN...“ Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

auf den richtigen Weg geführt werden, wenn man ihnen nicht mit der Polizei, sondern mit staatlich bestellten Armutsberatern kommt? – Premierminister de Villepin antwortet mit einer Doppelstrategie: Er verstärkt einerseits die Polizeikräfte und verhängt eine nächtliche Ausgangssperre, aber er verweist andererseits auch darauf, dass er ein Herz für die „sozial Benachteiligten“ hat, was man daran erkennen könne, dass er einen Vorzeige-Benachteiligten, der doch wohl ein Vorbild für die ergleiste Jugend ist, auf Vorrat hat:

„Demonstrativ favorisiert de Villepin den jungen Azouz Begag, Ministre délégué, was etwa einem Staatssekretär entspricht. Der gelernte Soziologe Begag, der Kindheit und Jugend in einem verkommenen Slum verlebt hat, ist gewissermaßen das soziale Gewissen dieser Regierung.“ (SZ, 3.11.05)

Diese Geheimwaffe zieht der Ministerpräsident heraus und schickt seinen Staatssekretär auf die Straße – das wird allgemein als schöne Geste empfunden und keiner fragt, was sich dadurch eigentlich für die Jugendlichen verbessert. Aber das scheint sogar deren ‚Seelenlage‘ entgegenzukommen. Eine Gruppe lässt sich glatt von de Villepin zu einem Gespräch einladen, nachdem sie vorher Sarkozy diese Ehre verweigert hat. Doch der Premierminister tut noch mehr und legt ein paar zusätzliche Sozialprogramme auf. Kein Mensch kommt dabei auf die abwegige Idee, damit würde ein einigermaßen anständiger Lebensunterhalt für die Armen finanziert. Aufgabe der Sozialarbeit ist es schließlich noch nie gewesen, der kapitalistisch produzierten Überbevölkerung das Geld zur Verfügung zu stellen, das man sie mit Arbeit nicht verdienen lässt. Es geht vielmehr darum, dass die Leute sich „aufgehoben“ fühlen können, dass man ihnen „zuhört“, dass man ihnen Tipps und Unterstützung gibt, wie sie *in und mit* ihrem Elend *zurechtkommen* können. Dafür wird sogar von Staats wegen ein bisschen Geld locker gemacht.

Diesen Vorteil hat die Randalie in Frankreich dann doch gehabt: Selten wurde so umstandslos und deutlich ausgedrückt, dass Sozialarbeit und das dazugehörige Gerede von der „Integration“ sich nur dem einen obrigkeitlichen Zweck verdankt: Diese Leute, die Grund genug hätten, sich *gegen* das hohe Gut des „sozialen Friedens“ zu wenden, sollen *stillhalten* – damit die Klassengesellschaft ungestört ihren Gang gehen kann. *Dafür* werden dann Sozialarbeiter ausgebildet und eingestellt; und Architekten dürfen sich überlegen, wie man Wohnblöcke mehr „integrierend“ zueinander arrangiert – und solche werden dann tatsächlich auch noch gebaut. Welche Wohltat! Bis sie dann wieder total heruntergekommen sind. Aber das liegt dann garantiert wieder daran, dass „solche Leute mit Wohltaten einfach nicht vernünftig umgehen können...“

Radio Lora vom 14.11.05

**Sozialistische Gruppe
 Erlangen Nürnberg (SG)**
 c/o Sprecherrat, Turnstr.7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de
 E.i.S.; V.i.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

Gewerkschaft und Öffentlichkeit decken auf:

„Zustände wie im Kapitalismus“ bei Aldi, Lidl, Schlecker und Co

Normalerweise haben Kapitalisten eine gute Presse. Sie werden gelobt für ihre „Initiative“, „Risikobereitschaft“ und „Visionen“, und die Nation fragt sich, was sie am Standort ändern muss, damit Unternehmer sich wieder wohler fühlen. Aber Journalisten können auch anders. Einige schließen sich einer Kampagne der Gewerkschaft Verdi gegen die Einzelhändler Aldi, Lidl und Schlecker an. Die „Vereinigten Dienstleister“ haben im Vorjahr ein „Schwarz-Buch Lidl“ veröffentlicht, in dem sie von „skandalösen Zuständen“ berichten, und legen nun mit Enthüllungen über die Drogeriemarktkette Schlecker nach. Nicht nur gewerkschaftsnahe Publikationen, auch die Süddeutsche Zeitung und die Welt beleuchten die „dunklen Seiten der Discountriesen“.

Von den Löhnen, die die Discounter zahlen, kann man nicht leben: Sie beschäftigen zu „90% Frauen“, die „Teilzeit“ arbeiten und ein Einkommen beziehen, das „keine eigenständige Existenz“ ermöglicht. Die Leistungsanforderungen sind weniger armselig und umgekehrt proportional zur Bezahlung: „Wenn die meisten Kunden noch im Bett liegen, beginnt für tausende Kassiererinnen bei Aldi, Lidl und Schlecker ein echter Knochenjob. Um kurz nach 5:00 Uhr rollen die Laster an, bringen palettenweise frische Ware, die bis zur Ladenöffnung verstaubt sein muss. Danach noch schnell die Filiale durchwischen, die neuen Reklameposter ins Fenster hängen und dann stundenlang an der Kasse sitzen. ... Die Frauen, die für neun bis zwölf Euro brutto die Stunde arbeiten, müssen mindestens 40 Waren pro Minute über den Scanner ziehen. ... Gnadenlose Hetze“ (SZ 8.3.) Zur Intensität der Arbeit kommt ihre Extensivität. Bei den Aldis sind üblich:

- Überstunden, die meist nicht bezahlt werden: „Die Frauen lügen sogar und verschweigen einen Teil ihrer Überstunden“.

- Arbeit in der Freizeit: „Wenn was kaputt geht, reparieren das meistens die Ehemänner“ (Die Welt 25.9.); „Filialleiter, die sich Urlaub nehmen und trotzdem arbeiteten um das Soll zu erfüllen.“

- flexible Arbeitszeiten: „Sie habe meist am Freitag noch nicht gewusst, wann sie am Montag arbeiten müsse.“ (eine Angestellte in SZ 1.12.),

also die „totale Verfügbarkeit“. Eine Gewerkschaftssprecherin entdeckt doch tatsächlich die Ausbeutung des Personals als Quelle des Gewinns: „Schlecker macht Profit auf Kosten der Mitarbeiter.“ Und manchem Journalisten kommt der Verdacht, dass man so reich wie die Gebrüder Albrecht, Nr.1 und Nr.3 auf der Liste der reichsten Deutschen 2004, und Schlecker, Nr.194 der Weltrangliste, durch eigene Arbeit gar nicht werden kann.

Warum die Angestellten sich unter diesen Bedingungen für den Dienst am Reichtum der Schleckers und Albrechts hergeben, ist den Kritikern kein Rätsel. Die Leute haben einfach „Angst, den Job zu verlieren“, und sind ohne ihn aufgeschmissen. Nicht einmal zu einem Interview mit der Presse sind sie bereit, und wenn doch, dann nur, wenn ihr Name nicht genannt und die Konspiration gewahrt wird. Ihre Macht über den Lebensunterhalt ihrer Beschäftigten – „Wenn man das Geld braucht, lässt man sich viel gefallen“ – nutzen die Discounter weidlich aus, so dass der Alltag in der Filiale recht diktatorisch gerät: „Im Schlecker-Reich regiert die Angst. Überwachung, Druck und Kontrolle sind bei dem Handelskonzern Methode.“ (Die Welt, 25.9.) Wer nicht spürt, kriegt „Druck“, den Mitarbeitern wird ständig und ausdrücklich bedeutet, wie ersetzbar sie sind. Wer versucht, die Firma um ihr Recht auf Arbeit und Eigentum zu betrügen, also Pause macht oder Waren mitgehen lässt, wenn es keiner sieht, dem macht sie mit „Überwachung und Kontrolle“, also versteckten Kameras, Detektiven und Taschenkontrollen klar, dass auch solche Versuche, sich schadlos zu halten, keine Chance haben.

Ganz besonders ärgert die Presse, dass diese „absolutistischen Könige“ sich um Arbeitsgesetze und Tarifverträge wenig scheren. Arbeitsverträge werden großzügig ausgelegt, die Arbeit beginnt in der Regel 15 Minuten früher als vereinbart, Tarifverträge werden „systematisch missachtet“, was genau verboten und erlaubt ist, ist „leider“ oft unklar – „Grauzonen“ nennt das der Jurist –, so dass die Justiz die-

sen „Gutsherren“ ihre Grenzen viel zu selten aufzeigt: „Ein einziges Mal gingen die geschäftstüchtigen Schwaben zu weit. Wegen Lohndumpings verurteilte das Amtsgericht Stuttgart 1998 die Eheleute zur Zahlung von zwei Millionen Mark und zu je zehn Monaten Haft auf Bewährung.“ (Die Welt, 25.9.)

1.

Wenn Presse und Gewerkschaft Albrecht, Schlecker und Schwarz (Lidl) angreifen, widerrufen sie ihre gute Meinung über Unternehmer natürlich kein bisschen. Sie erklären die drei Familien zu den „übelsten Unternehmern Deutschlands“, um den Unternehmer in ihnen zu streichen und den üblen Fiesling hervorzuheben. Sie entdecken „schwäbische Geizhalse“, die ihren schwäbischen Hals nicht voll genug kriegen können, und „geheimnisvolle Sonderlinge“, die offenbar einiges zu verbergen haben.

Wo die Kritiker meinen, mit dem Trio die Ausnahme von der schönen kapitalistischen Regel aufs Korn zu nehmen, zeichnen sie in Wahrheit ein Sittenbild der Zustände, wie sie in kleinen und mittleren Betrieben, also für die Mehrheit der Beschäftigten, die Regel sind. Nicht der Betriebszweck und auch nicht seine Mittel, wohl aber die Form der Herrschaft des Kapitals fällt in solchen Betrieben etwas anders aus als in den großen. In diesen wird – wenigstens offiziell und auf der Ebene des Konzerns – die Ausbeutung als Willensverhältnis zweier formell selbständiger Parteien abgewickelt: Die gegenseitigen Erwartungen beider Seiten sind detailliert, ja kleinlich in Verträgen und Vereinbarungen geregelt; die Geschäftsleitung auf der einen, die Vertreter der Belegschaft, Gewerkschaft und Betriebsrat, auf der anderen Seite achten darauf, dass der Partner seine Verpflichtungen auch einhält. Tatsächlich werden Arbeitsrecht und Tarifverträge in Großbetrieben normalerweise respektiert. Das behindert den Betriebszweck nicht weiter: Wenn die Firma sich an vereinbarten Bedingungen von Lohn und Leistung stört, wickelt sie deren Modifikation vertragstreu ab und vereinbart mit der Gewerkschaft neue Bedingungen oder lässt sich Ausnahmen genehmigen. Die Arbeitervertretung ist kein Hindernis, denn die grundsätzliche und alternativlose Angewiesenheit auf den Job ist auch da die Basis aller Interessenvertretung; die Einsicht in die „betrieblichen Belange“, in die Konkurrenzbedürfnisse der Firma und in die Schwierigkeit, Arbeitsplätze zu erhalten, ist entsprechend. Die großen Firmen bekommen die Vereinbarungen, die sie für ihre Rendite brauchen. Freiheit und Würde der „abhängig Beschäftigten“ aber ist dadurch gewahrt, dass der Inhalt ihrer Dienstbarkeit durch eine Vereinbarung sozusagen satisfaktionsfähiger Kontrahenten zustande kommt. Im Vergleich dazu sieht die Unternehmerherrschaft in den gemütlichen Kleinbetrieben, wo jeder jeden kennt und man ständig unter den Augen des Chefs arbeitet, recht urwüchsig aus, nach „Gutsherrenart“ eben. Da ist der Chef ein Boss, sein Wille ist Gesetz. Die Abhängigkeit von Willen und Gutdünken des Eigentümers, der den Arbeitsplatz gewährt oder nicht, lässt seine ökonomische Herrschaft zur persönlichen über seine Dienstkräfte werden. Der Eindruck formell selbständiger Parteien mit eigenen Interessen kommt da gar nicht erst auf; kleinliches Nachrechnen, ob der Chef auch darf, was er macht, und der Beschäftigte auch muss, was ihm angeordnet wird, verbietet sich von vornherein. Widerworte sind der Anfang der Trennung, denn: Du kannst ja gehen, wenn dir was nicht passt. Soweit reicht die Freiheit des Arbeitsvertrags immer. Diese Zustände sind im Übrigen nicht auf kleine Firmen beschränkt: Verkehrsformen, die in Großbetrieben auf Konzernebene zwischen Management und Betriebsrat unmöglich wären, sind Alltag, je weiter man von den lichten Höhen heruntersteigt in die Büros und Werkstätten. Jeder Vorgesetzte ist ein kleiner Boss und nutzt die Abhängigkeit seiner Untergebenen von seiner Macht für seine Art, den Laden zu schmeißen. Bevorzugung und Schikane, Beleidigung und Mobbing bis zur sexuellen Belästigung erzwingen die Disziplin und Unterordnung, von denen das Funktionieren der Abteilung und die gute Laune des Vorgesetzten abhängen. Gewiss, im

Großbetrieb kann sich ein Arbeitnehmer, der sich ungerecht behandelt fühlt, an den Betriebsrat wenden. Aber dann ist er eben derjenige, der den Betriebsrat in Angelegenheiten gezogen hat, die nur die Abteilung etwas angehen. In dieser Abteilung und unter der Aufsicht dieses Vorgesetzten muss er hinterher wieder arbeiten. Sein Recht auf die Überprüfung des Befugnisses seines Chefs ist nicht viel wert, wenn der Abhängige es sich nicht leisten kann, auf ihm zu bestehen. Ohne persönliche Abhängigkeit, die die formelle und rechtliche Selbständigkeit des Lohnabhängigen als Form seiner Unterordnung entlarvt, kommt die ökonomische Herrschaft des Kapitals nicht aus. Das sollten auch Journalisten, die anklagend auf der Differenz beider herumreiten, aus dem Alltag ihrer Redaktionen kennen: Mit wem sie es sich nicht verderben dürfen, wem sie besser nicht widersprechen, wem man schon in den Arsch kriechen sollte, das sind doch die Fragen, die ein karrierebewusster Medienmensch so wälzt.

Discountriesen wie Aldi nutzen beides: Nicht nur gegenüber den Lieferanten ihrer Artikel treten sie als Großkonzerne auf, die mit überragender „Einkaufsmacht“ die Preise diktieren, auch gegenüber ihren Angestellten agieren sie einerseits als Großkapital mit riesigen finanziellen Ressourcen und einem ebenso großen Pool an verfügbaren, überall einsetzbaren Arbeitskräften. Andererseits bestehen sie darauf, dass jede ihrer Filialen mit ihren 2 bis 5 Beschäftigten ein Kleinunternehmen sei, auf das die gesetzlichen Regelungen für die Belegschaftsvertretung nicht anwendbar sind. Im Konzern hat die alte patriarchalische Gleichung von Herrschaft und Verantwortung, die ein persönlich kommandierender Chef gegen seine Arbeiter ausübt, aber auch für sie trägt, längst jede Grundlage verloren. Dank der Geldmacht und der massenhaften Arbeitskraft, über die die Aldis verfügen, kann aber auch von der Abhängigkeit des kleinen Meisters vom Gehorsam seiner Gesellen keine Rede mehr sein. Auf dieser Basis gedeiht das von keiner patriarchalischen Fürsorge und keiner sozial-friedlichen Belegschaftsvertretung gemilderte Kommando des Profits auf der einen und die totale Ohnmacht der jederzeit ersetzbaren und mit Ersetzung bedrohten Arbeitskräfte auf der anderen Seite. Ganz im Geiste einer Republik, die ihre Sklerose auf „überregulierte“ Arbeitsmärkte zurückführt und Entbürokratisierung, Deregulierung, Flexibilisierung als die passende Medizin dagegen predigt, freilich ohne auf Beschlüsse staatlicher „Deregulierungskommissionen“ zu warten, haben sich Aldi, Schlecker & Co ein Unternehmerparadies unregelmäßig Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, aus dem sie sich nicht vertreiben lassen. Auf diese Sorte „Arbeitsbeziehungen“ gründen sie den beeindruckenden Erfolg, den sie im „gnadenlosen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel“ erzielen. Ihre als vormodern denunzierte „Gutsherrenart“ beim Arbeitgeben ist weit davon entfernt, ins vorletzte Jahrhundert zu gehören. Sie definiert das Arbeitsmodell der Zukunft.

2.

Dass ein Konzern mit 30.000 bis 50.000 Beschäftigten ein Konglomerat von Kleinbetrieben sein soll, in denen Betriebsräte und Gewerkschaften nichts zu suchen haben, leuchtet Verdi nicht ein. Haargenau das. Wo sich Unternehmer nicht um die zivilisierten Formen der einvernehmlichen Regelung der Ausbeutungsbedingungen bemühen, ja diese behindern und offen unterdrücken, da herrscht das, was Gewerkschaften am Kapitalismus kritisieren: statt der grundvernünftigen Logik des Kapitals die Willkür des Unternehmers. Mit dieser Anklage finden Aktivisten Gehör bei Journalisten, die an den großen Filialisten studieren könnten, wie im wirklichen Leben aussieht, was sie in ihren Blättern so vehement fordern. Aber sie suchen sich's halt heraus: Von einer demokratischen Regierung verordnet, von den Gewerkschaften halb gebilligt oder wenigstens geschluckt, ist die Deregulierung der Arbeitsverhältnisse eben etwas ganz anderes, als wenn Aldi und Schlecker dasselbe nicht demokratisch legitimiert, sondern mit einer großzügigen Ausnutzung dessen betreiben, was der freie Arbeitsvertrag ohnehin zulässt und was heute immer weiter liberalisiert wird. Deswegen erfüllen Geschäftspraktiken, die Journalisten anderswo billigen und fordern, bei den schwarzen Unternehmerschaften den Tatbestand der Ausbeutung. Was dort eine längst

fällige „Aufbrechung verkrusteter Betriebsstrukturen“, „Flexibilität“ und „vernünftige Lohnzurückhaltung“ ist, ist bei den Aldis „totale Verfügbarkeit“, „Arbeitssetze“ und „Lohndumping“; was dort als Sachzwang anzuerkennen ist, der aus Globalisierung, Konkurrenz und Konjunktur hervorgeht, ist da Raffgier und Profitsucht.

Wenn sich die Discounter an Recht und Gesetz hielten, würden Schäden der groben Art beim Personal unterbleiben – so die grobe Lüge von Öffentlichkeit und Gewerkschaft. Immerhin billigt diese Kritik alle Elemente der Unternehmerrechnung mit Kosten und Ertrag, wenn sie diese unter Kontrolle und Mitwirkung eines Betriebsrats praktiziert sehen will. Der Kampf gegen Deutschlands mieseste Ausbeuter zielt auf anderes als das Ende der miesen Ausbeutung. Die neuen Freiheiten auf dem Arbeitsmarkt, die die letzte Regierung den Unternehmern eröffnet hat – Niedriglöhne, befristete Verträge, Teilzeitarbeit, 380Euro-Jobs –, haben Aldi & Co und viele andere Branchen weidlich ausgenutzt und dadurch die Elendsjobs geschaffen, von denen niemand leben kann. Die ursprüngliche Ausnahme solcher Arbeitsplätze ist massenhaft zu einem wachsenden Teil des normalen Arbeitsmarktes geworden; und die Gewerkschaft trägt das Ihre bei zu deren Normalisierung, wenn sie darum kämpft, diese Jobs aus dem gewerkschaftsfreien Raum, den sie für eine Schmutzdecke des Halb- und Illegalen hält, heraus- und in die noblen Gefilde der geregelten, gewerkschaftlich betreuten Arbeitsverhältnisse hereinzuholen. Auch für Elendsjobs sollen einvernehmliche und fixierte Regelungen gefunden und durch einen Betriebsrat vor Ort wirksam gemacht werden, damit auch sie ihre Ordnung haben. Jede Härte, wenn der Betriebsrat sie als „betrieblich sinnvoll“ sowie von Recht und Vertrag gedeckt einsieht, geht in Ordnung und verdient eben durch diese Einsicht, vom Vorwurf der „Unternehmerwillkür“ freigesprochen zu werden. Hier macht der Ton ganz die Musik: Man verlangt von der Branche nicht, mit den elenden Jobs, sondern mit dem Elend ihrer Ungeregeltheit Schluss zu machen.

Manchem Discounter leuchtet ein, dass er mit Gewerkschaft und Betriebsrat auch ganz gut fahren kann. Wenn seine Ziele unter Mitwirkung und Zustimmung der Arbeitervertretung abgewickelt werden, sorgt das vielleicht für weniger Ärger mit und weniger Frust bei der Belegschaft und zu einem konstruktiveren Betriebsklima. Während der verbohrt Albrecht Süd noch immer Betriebsräte bis aufs Messer bekämpft, lernt der Bruder um: „Aldi Nord wird humaner“. Ein erster Lohn des „zähen“ Kampfes stellt sich ein: „Alle bisherigen Initiativen wurden in der Regel im Keim erstickt, sagt ein Gewerkschaftssprecher. Dagegen seien die Strukturen bei Aldi Nord nicht mehr so geheimnisvoll. Dort schauen die Manager inzwischen sogar bei Betriebsversammlungen vorbei und trinken Kaffee mit den Kolleginnen von der Kasse.“ (SZ, 8.3.)

Na also, es geht doch auch anders! Statt „Klima der Angst“ ein Kaffeeplausch mit der Gewerkschaft und den lieben Mitarbeitern – so mögen wir unseren Aldi.

Weihnachten – immer Spitze!

Benzin teuer, die Alte älter, selber auch. Weit und breit kein Grund zum Feiern, auch nicht ganz einfach. Mit ein bisschen gutem Willen könnt Ihr es aber auch heuer schaffen, ein frohes, segensreiches und trostvolles Fest über die Runden zu bringen. Aber keine Fehler machen! Nicht so fett essen! Nicht zu viel saufen! Keinen Streit anzetteln, und wenn, dann Versöhnung – mit einem extra guten Schluck! Mit Geschenken nicht übertreiben, aber auch nicht zu wenig – sonst gleich Verdacht. Überhaupt jeden Verdacht zerstreuen, freundlich sein! Wenn's schwer fällt, extra! Zwischendrin mal klagen, wie anstrengend Feiertage sind! Besuche nicht empfangen, sondern abstatten! Zur Begrüßung: Habt Ihr aber heuer einen schönen Baum. Ist Euer Kleiner aber groß geworden. Ach ja, oder Ähnliches. Keine Experimente auf gemeinsamen Abenden mit anderen Pärchen! Zwei, drei anzügliche Bemerkungen tun's voll. Andererseits auch keine Gelegenheit auslassen, die eigene Frau/den eigenen Mann zu blamieren. Weihnachten ist nicht alle Tage. Kinder nicht einfach weg legen, sondern abwimmeln, ansonsten sehr mögen! Nicht ans Geld denken: Weihnachten ist nicht das Fest des Geldes, sondern der Liebe. Nicht an Irak denken. Weihnachten ist nicht das Fest des Kriegs, sondern des Friedens. Vom Krieg ist jeder betroffen, vom Frieden nur alle.

WAHLVERSprechen DES JAHRES 2005
„SOZIAL IST, WAS ARBEIT SCHAFFT.“
Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

Geschäftszweck benutzen, immer rentabler; und dafür wenden sie zugleich immer weniger Arbeitskräfte rentabel an. Der Nutzen der hohen Arbeitsproduktivität verteilt sich also sehr einseitig: Das Kapital bekommt die Leistung seiner Arbeitskräfte immer billiger, indem es pro Arbeitstag immer mehr verkaufbares Produkt aus seinen Beschäftigten herausholt; die Arbeitskräfte aber haben vom wachsenden Wirkungsgrad ihrer Arbeit nichts zu erhoffen als die Bedrohung ihrer Existenz. Noch froh sein muss der Teil der Belegschaft, der für seine ergiebigeren Arbeit denselben alten Lohn erhält; der andere Teil fliegt wegen der gewachsenen Leistungskraft seiner Arbeit nämlich auf die Straße und bezahlt den Fortschritt der Produktivkräfte mit unmittelbarer Verelendung. Der Segen, dass immer weniger Arbeit für die Herstellung der benötigten und erwünschten Güter erforderlich ist, wird für kapitalistische Arbeitskräfte zum Fluch: Sie leben vom Gebraucht-Werden für fremden Gewinn, können daher umso weniger leben, je weiter die Entwicklung der materiellen Reichtumsquellen fortschreitet. Dass sie sich von dieser ruinösen Fessel befreien, sich die Produktionsmittel aneignen und die notwendige Arbeit selbst so organisieren, dass alle mit weniger Mühe mehr Güter ihres Bedarfs produzieren und das Leben ein bisschen gemüthlicher angehen: diese Vorstellung ist mit den kommunistischen Bewegungen ausgestorben. Herrschende Demokraten lassen sich wählen mit dem Versprechen, sich der Not anzunehmen, die mit der Mehrung des kapitalistischen Überflusses wächst, und einmal im Amt, tun sie das auch. Sie sorgen erstens für diese Not, indem sie eisern und mit allen Hebeln der Staatsgewalt sicherstellen, dass anders als durch fürs Kapital lohnende Arbeit niemand leben kann. Zweitens dadurch, dass sie sich der Aufgabe verschreiben, von der relativ überflüssig gewordenen Arbeit wieder mehr zu „schaffen“. Dies drittens aber nicht so einfach: Öffentlich Arbeit zu organisieren, weil Arbeitslose etwas zum Leben brauchen und es sich schaffen sollen, das kommt im Reich der Freiheit nicht in Frage. Arbeit zu schaffen, ist hier Privileg und edle Pflicht der freien Wirtschaft. Das Privileg gibt es – niemand sonst befindet darüber, ob, von wem, wie lange und für welchen Zweck gearbeitet wird; die edle Pflicht ist jedoch ein Märchen. Eine Aufgabe namens „Arbeit schaffen“ kommt im Pflichtenheft der Herren Kapitalisten überhaupt nicht vor. Sie benutzen und bezahlen immer gerade so viel oder so wenig Personal, wie sie für ihr Geschäft lohnend finden – und dabei kalkulieren sie, wie gesagt, knapp: Möglichst wenige bezahlte Arbeitskräfte sollen ihnen möglichst viel Arbeit erledigen. Paradoxerweise stehen die Ausbeuter der Arbeit umso mehr im guten Ruf des Arbeitgebers, je mehr Leute sie entlassen, und je mehr die Gesellschaft gewahrt wird, wie unbedingt sie von den Kalkulationen der Herren Arbeitgeber abhängt und diese Abhängigkeit bejaht. Dann lernt sie an der massenhaften Produktion von Arbeitslosen auch nicht, dass in dieser Wirtschaft von einer Aufgabe oder Pflicht zum Arbeit-Geben keine Rede sein kann; im Gegenteil: dann lernt sie daran, wie schwer es den Unternehmern offenbar fallen muss, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen. Da meldet sich dann viertens die in Sachen Arbeit-Schaffen ohnmächtige Politik wieder, reklamiert dann doch eine Gesamtverantwortung für die Arbeitsplätze im Land und „schafft Arbeit“, so wie es ihr in einer freien Wirtschaft eben ansteht: Sie kämpft gegen die Hindernisse und reißt die Schranken ein, die den Kapitalisten das Arbeit-Schaffen schwer machen. Wenn sich im Land zu wenig Arbeit fürs Kapital lohnt, dann ist die Arbeit eben nicht rentabel genug, jeder Arbeitslose ist dann ein Beweis dafür, dass die Rendite der Kapitalisten zu niedrig ist. Dann tut die Politik das kapitalistisch Angemessene gegen die Not der Arbeitslosen, indem sie sie billiger macht.

2.

Das Versprechen, das Volk besser mit Arbeit eindecken und keinen anderen Mangel als den an Arbeit mehr gelten zu lassen, definiert neu, was einmal „sozial“ hieß. Mehr als ein Jahrhundert lang hatte Sozialpolitik das Ziel, den Kapitalismus für die Lohnarbeiter aushaltbar

zu machen. Dazu war einiges nötig. Aus demselben Grund nämlich, aus dem das Kapital die Leistungsfähigkeit der Arbeit durch Wissenschaft und Technik steigert – es spart an der Bezahlung der Arbeit, aus der es immer mehr Leistung herausholt –, kann der menschliche Kostenfaktor vom Ausfüllen seiner ökonomischen Rolle an und für sich nicht leben, jedenfalls nicht ein Leben lang. Erst die gesetzliche Beschränkung der Unternehmerfreiheit, Grenzen für die Dauer des Arbeitstages, die Zulassung von Gewerkschaften und die Rechtsverbindlichkeit der von ihnen ausgehandelten Tarifvereinbarungen hat die Ausbeutung des Arbeiters für ihn überhaupt zu einem Erwerb mit halbwegs festgelegtem Aufwand und Ertrag werden lassen. Auch davon aber konnte er auf Dauer nicht leben ohne staatliche Sozialversicherungen, die Teile seines Lohnes konfiszieren und im Interesse des Überlebens der Arbeiterklasse zwangsbewirtschaften. Für die notwendigen Phasen des Elends im Lebensweg des Lohnabhängigen – Alter, Krankheit, Arbeitslosigkeit – werden aus dem Lohn, den das Kapital zahlt, Versicherungsbeiträge abgezweigt und nach erworbenen Anwartschaften und Bedürftigkeit unter den einkommenslosen Mitgliedern der Arbeiterklasse umverteilt. Das Zwangsregime hat dem Lohn abgerungen, was er von sich aus nicht ist: ein Einkommen, mit dem ein Leben lang der Unterhalt des Arbeiters bestritten werden kann – das alles natürlich um den Preis seiner weiteren Schmälerung.

In Zeiten millionenfacher Überflüssigkeit von Arbeitskräften für die Wirtschaft setzen Politiker aller Couleur auf die Überzeugungskraft des Arguments, dass es für Lohnarbeiter Schlimmeres gibt, als ausgebeutet zu werden – nämlich nicht ausgebeutet zu werden, die Chance also gar nicht erst geboten zu bekommen, sich durch Bereicherung des Arbeitgebers den Lebensunterhalt zu erarbeiten. Diese „Einsicht“ begründet die Umwertung aller Sozialen, das der Staat einmal für nötig gehalten hat: Alle Vorkehrungen und Nachhilfen, die die Ausbeutung für den Arbeiter aushaltbar machen sollten, verteuern die Arbeit. Sie beschädigen also, wovon der Arbeiter in Wahrheit lebt – seine Rentabilität für das Profitinteresse des Kapitals -, und zerstören seine herrliche Einkommensquelle. Alles, was der Arbeiter von seiner Arbeit hat und aus seinem Arbeitsentgelt finanziert – Lebensunterhalt, Freizeit, soziale Sicherheit –, verhindert die soziale Hauptsache: Dass überhaupt Ausbeutung stattfindet und der Arbeiter „Beschäftigung“ hat. Alle einhundertjährigen staatlichen Regelungen, Korrekturen und Kompensationen der Ausbeutung waren ein Fehler. Der Kapitalismus lässt sich nicht sozial veredeln – und wer es versucht, schädigt zuallererst die „Schwachen“, die er schützen will. Seine Ausbeutung als billige Arbeitskraft ist selbst die soziale Wohltat des Kapitals, auf die der Normalbürger zu hoffen und zu setzen hat.

3.

Der Gehalt des Wahlversprechens wird verstanden. Die Wähler entnehmen der Neudefinition des Sozialen sehr wohl die Ansage weiterer „Grausamkeiten“, wie das in der gemüthlichen Sprache der Politik heißt. Bei uns wird eben nichts verschwiegen. Die Bürger sollen die Opfer, die sie bringen werden, billigen, ja am besten noch selbst fordern. Selbst die Verarmung der Masse der Bevölkerung wird in Form einer hoch demokratischen Konkurrenz von Amtsanwärtern um die Gunst der Betroffenen abgewickelt. Das geht – und nicht nur, weil die Wähler ja doch keine Wahl haben, wenn alle Parteien gleichermaßen versprechen, mit aller Macht Arbeit zu schaffen, sondern weil sie sich die Notwendigkeit der ‚unvermeidlichen Einschnitte‘ einleuchten lassen. Die demokratische Politisierung des Untertanen ist nichts anderes als die Kunst, ihn gegen seine Interessen zu interessieren. In all seiner Radikalität ist der Wahlkampf 2005 ein Musterfall davon. Die Wahlkämpfer sprechen den Bürger auf seine erzwungene Angewiesenheit auf die Nachfrage des Kapitals nach Arbeit an, erinnern ihn an seine Abhängigkeit vom feindlichen Interesse und versprechen ihm, an den Schalthebeln der Macht dieser Abhängigkeit gerecht werden zu wollen. Sie versprechen, wenn gewählt, der Eigentümerklasse nach besten Kräften zu dienen, sie von Beschränkungen freizusetzen, in jeder Hinsicht zu fördern und ihren arbeitenden Wählern dafür alles wegzunehmen, was den Reformern als hinder-

Die SG veranstaltet regelmäßig einmal im Monat mittwochs einen Diskussionstermin. Näheres unter www.sozialistischegruppe.de

Die Sache mit der Religion

In Bezug auf die Religion geben sich moderne Zeitgenossen aufgeklärt: Ob man das mit dem Christkind so glauben soll und ob es einen Gott mit Rauschebart gibt, da haben sie so ihre Zweifel.

Gegen die Religion als solche wollen sie damit aber nichts gesagt haben. Denn dass es irgendein Höheres gibt oder wenigstens geben muss, davon sind sie alle überzeugt. Grund genug, sich einmal dem Thema zu stellen

Glaube – Wie geht das?

Diskussion

am **Mittwoch, 14. Dezember 2005 um 20.00 Uhr**
im Gebäude des Sprecherrats, Turnstr. 7 (1.OG), Erlangen

Weiterer Termin im Wintersemester 2005/2006: 18.01.2005

licher Besitzstand ins Auge fällt. Diese Bürger sind Objekte des Ausbeutungsinteresses der Gegenseite und werden politisch auf dieses Abhängigkeitsverhältnis mit aller Härte festgelegt – der demokratische Wahlkampf aber spricht sie als Subjekte ihrer Abhängigkeit an, als Leute, die im wohlverstandenen eigenen Interesse den Ansprüchen gerecht werden müssen, denen sie zu ihrem Schaden unterworfen sind. Ihre Verarmung besorgen ihnen ihre Volksvertreter nur zu ihrem Besten, weil in schweren Zeiten eben viele Interessen hinter dem wichtigsten, ersten Interesse zurückstehen müssen! Das erzwungene, absurde Bedürfnis nach Arbeit bekommen die Betroffenen erläutert als das, was es unter kapitalistischen Existenzbedingungen tatsächlich ist: ihr erstes und eigentliches Lebensbedürfnis – alle ihre anderen Bedürfnisse, die sie mit dem Ertrag ihrer Arbeit befriedigen wollen, lassen sie sich als verzichtbaren Luxus schlecht machen, der in Zeiten entwickeltster Produktivkräfte einfach nicht mehr finanzierbar ist.

4.

Ein paar Recken des Wahlkampfes sind angesichts der zuerst von CDU-CSU besetzten Parole „Sozial ist, was Arbeit schafft!“ doch tatsächlich versucht und unverantwortlich genug, der Versuchung nachzugeben, für einen Augenblick den Konsens der Demokraten zu verlassen und zu polemisieren. Die Ministerin für Bauern und Verbraucher erinnert sich bei Köhlers „Vorfahrt für Arbeit“ glatt noch an Wahrheiten aus linken Vorzeiten: Das heiße nichts anderes als „Vorfahrt für die Gewinne einiger weniger“. Vertreter der WASG finden, mit einer solchen Definition des Sozialen könne man auch Sklaven- und Zwangsarbeit rechtfertigen, obwohl derlei ja wirklich niemand einführen will. Man verurteilt per Übertreibung und teilt eben dadurch mit, dass man sich dieser „wirtschaftlichen Vernunft“, wenn verantwortlich und in Maßen praktiziert, keinesfalls verschließt: Dass im Interesse von mehr Wachstum und Arbeit Abstriche bei Lohn und der sozialen Sicherung sowie höhere Arbeitszeiten kein Tabu sein können, ist eben auch den Keynesianischen Wirtschaftslenkern der neuen Linkspartei nicht fremd.

Da ist Ludwig Stiegler von der Bayern-SPD schon ein anderer Kerl – wenigstens einen Tag lang: Er fühlt sich von dem Spruch an Hitler und seine populäre Arbeitsmarktpolitik erinnert und kann seine Assoziation sogar begründen: „Er betrachte den Slogan als ebenso zynisch wie die NS-Parole ‚Arbeit macht frei‘, weil damit außer Acht gelassen werde, ob eine Arbeit gerecht entlohnt werde, ob sie menschenwürdig sei, ob sie mit Kündigungsschutz und Mitbestimmung verbunden sei. Dieser Begriff von Arbeit ist ein Begriff ohne Adjektive.“ (SZ 13.7.05) Wenn Arbeit pur zum Ziel der Politik wird – und das ausdrücklich gegen alles, was der Arbeiter von seiner Arbeit hat, dann ist das nicht weit weg vom Wahlversprechen des Jahres 1933: Damals machten die Nazis den Arbeitslosen mit einem Arbeitsdienst Eindruck, der ihnen nichts einbringen sollte als Arbeit und eine warme Suppe. Kaum gesagt, fällt vom CDU-Generalsekretär bis zum Kanzler und dem SPD-Parteichef die ganze Nation über den geschichtskundigen Bayern her: Er habe den politischen Gegner mit den Nazis verglichen, was man offenbar umso weniger darf, je mehr die Ähnlichkeiten

ins Auge stechen. Unisono unterstreicht man die Ruchlosigkeit des Vergleichs dadurch, dass man ihn gleich gar nicht versteht: Ausdrücklich zitiert man in den „Tagesthemen“ Hugenberg, der seit 1932 das Copyright für die CDU-CSU-Wahlparole von heute hat – um im nächsten Zug die absolute Unvergleichbarkeit derselben Worte von damals und heute damit zu beschwören, dass ‚Arbeit macht frei‘ über dem Eingangstor von Auschwitz stand. Wieder erfährt man, was für eine argumentative Produktivkraft in der „Einzigartigkeit der NS-Verbrechen“ steckt: Die werden von einem verharmlost, der in demokratischen Wahlparolen faschistische Gesinnung entdeckt! Also werden die Opfer der Nazis mit Verve in Schutz genommen und vor der Ehrverletzung bewahrt, mit der Hartz-IV-Klientel der modernen BRD auch nur irgendwie in Zusammenhang gebracht zu werden. Als sich dazu auch noch die Vorsteher der israelischen Kultusgemeinde zu Wort melden und vehement gegen die Beschädigung des Opfermonopols der Juden ankämpfen, zeigt sich, dass der Bayer Stiegler eben doch überhaupt kein anderer Kerl, sondern auch nur ein mieser Wahlkämpfer ist: Er entschuldigt sich für den Tritt ins Fettnäpfchen, der ihm bei einer allzu unkontrollierten gedanklichen Assoziation unterlaufen sei... Ohne Abstriche von der antisozialen Radikalität ihrer Parole zu machen, ohne überhaupt ein Wort darüber verlieren zu müssen, inwiefern sich ihr nationaler Ruf nach Arbeit sans phrase – im Interesse deutscher Arbeitsloser, die als solche dem Staat zur Last fallen, statt zum Allgemeinwohl beizutragen – von Hitlers nationalem Arbeitsprogramm unterscheidet, verbittet sich die vereinte politische Klasse mit Erfolg die ehrenrührige Zuordnung ihres Wahlversprechens zu jener dunklen Phase unserer Geschichte. Sinnig ergänzt um ein kleines Adjektiv, bleibt die nationale Losung endgültig unwidersprochen ‚,Arbeit schaffen‘, das ist schön und gut. Aber nicht um jeden Preis. Wir Sozialdemokraten fordern: ‚Menschenwürdige Arbeit schaffen!‘“ (Müntefering) Wo der Nationalsozialist die Würde des Menschen in seiner fürs nationale Kollektiv nützlichen Arbeit begründet sieht, hält der sozialdemokratische Nationalist den Zusatz für angebracht, dass man in der Demokratie der Arbeit diese Würde schon noch ansehen können muss. Immerhin ein Unterschied, mit dem sich beide gut voneinander unterscheiden lassen.

Nachdruck aus GEGENSTANDPUNKT 3-05

Lesetipp:

Die Debatte um den Mindestlohn

1. Die politische Kontroverse: Gelegentliche Sorgen um die Existenz der „working poor“
2. Die gewerkschaftliche Debatte: Ist ein Mindestlohn Marterpfahl oder Rettungsanker der Tarifautonomie?
3. Der konstruktive Dialog von Sozialdemokratie und Gewerkschaft: Vorsichtiger Neubeginn einer wunderbaren Freundschaft

in: **GEGENSTANDPUNKT 4-04**

Die wöchentlichen Analysen der Redaktion des GegenStandpunkt in Radio Lora können nachgelesen werden unter:
www.gegenstandpunkt.de/radio/gsr2005.htm